

Diese Zeitung erscheint dreimal wöchentlich, und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Abonnements-Preis: für Berlin incl. Bringerlohn vierteljährlich pro numerando 1 Rth. 95 Pf., monatlich 66 Pf., einzelne Nummern 10 Pf.; bei den Postämtern in Deutschland incl. Berlin 1 Rth. 60 Pf., frei in's Haus 2 Mark. Kreuzband-Abonnements pro Quartal u. Exemplar: für Deutschland und Oesterreich 3 Rth. — Pf., Niederlande und Belgien 3 - 60 - , England und Frankreich 4 - 50 - , Amerika (Bremen, Staaten) 5 - 50 - . Bestellungen auf Kreuzband-Abonnements sind nur bei der Expedition anzugeben und müssen pro numerando gezahlt werden.

Neuer Social-Demokrat.

Eigenthum der Lassalleaner.

Redaktion und Expedition: Berlin, Oranienstraße Nr. 8, 80. Bestellungen werden bei allen Postämtern, in Berlin bei der Expedition, sowie bei jedem Spediteur entgegengenommen. Inserate (nur in der Expedition anzugeben) werden pro spaltenweise Petizelle mit 50 Pf. berechnet. Versammlungsannoncen die 5-spaltige Petizelle oder deren Raum 20 Pf. Sogenannte Reklame-Anzeigen werden nicht angenommen.

Inhalt.

In die Social-Demokraten Deutschlands.
Der Kulturkampf in Preussen. Politische Uebersicht: Der Papst und die preussische Regierung. — Der geringe Umlauf der neuen Reichsmünzen. — Arbeiterentlassungen. — Französisches. — Aus Spanien. — Aus den Vereinigten Staaten. — Zum Bismarck-Jubiläum. — Ein geflügeltes Wort. — Ein interessantes Exzerpt aus dem Berliner Rommergericht. — Eine neue social-demokratische Zeitung. — Konstellation der neuesten russischen Verfassungen. — Aus Gotha. Korrespondenzen: Bremen. — Frankfurt a. M. — Hamburg. Zur Geschichte des Zeitungswesens. In die Parteigenossen. Vermischtes.

In die Social-Demokraten Deutschlands. Parteigenossen!

Immer dringender tritt die Nothwendigkeit an die deutschen Arbeiter heran, die gesammte Social-Demokratie Deutschlands zu einer einheitlichen Partei zu verschmelzen. Umso mehr ist dies der Fall, als die verschiedenen Differenzpunkte, welche bisher das Zusammengehen aller Social-Demokraten Deutschlands verhindert haben, im Laufe der letzten Jahre ausgeglichen und durch die beständigen Verfolgungen, welchen die Social-Demokratie seitens ihrer Gegner ausgesetzt ist, zu Gunsten einheitlichen Widerstandes überwunden wurden.

Seit drei Monaten haben wiederholt Besprechungen stattgefunden, welche die Einigung der Social-Demokraten Deutschlands in einer festorganisirten Arbeiterpartei nach Kräften anstreben. Heute nun sind wir im Stande, einen weiteren Schritt zur Begründung dieser Arbeiterpartei zu thun; derselbe erfolgt im Einvernehmen mit Euch, Parteigenossen, die Ihr schon in vielen Versammlungen der erwählten Einigung Eure Sympathien kundgegeben habt. Und so laden wir Euch denn ein zur Besichtigung eines Kongresses der Social-Demokraten Deutschlands,

welcher am 23., 24. und 25. Mai d. J. in Mitteldeutschland, an einem noch näher zu bestimmenden Orte, stattfinden wird.

- Die Tagesordnung dieses Kongresses lautet:
1. Die Vereinigung der Social-Demokraten Deutschlands.
 2. Das Programm der neu zu begründenden Arbeiterpartei.
 3. Die Organisation dieser Partei.
 4. Die Presse dieser Partei.
 5. Die Parteilagitation.
 6. Wahl der Parteibehörden.

Die Besucher (Delegirten) des Kongresses haben sich durch Vollmachten (Mandate) zu legitimiren. In jeder Vollmacht muß der Wohnort und die Zahl der vertretenen Genossen angegeben und durch einen bekannten Parteigenossen beglaubigt sein. Ein Delegirter darf nicht mehr als vierhundert Parteigenossen, welche auch an verschiedenen Orten wohnen können, vertreten.

Damit die Verhandlungen über die Tagesordnung am Sonntag, 23. Mai, ohne Aufenthalt beginnen können, werden die Delegirten ersucht, schon des Sonnabends, 22. Mai, spätestens 8 Uhr Abends, am Orte des Kongresses einzutreffen, um an diesem Abend noch das Bureau des Kongresses und die Mandatsprüfungskommission zu wählen.

Parteigenossen! Gleichzeitig mit diesem Aufruf werden zwei Entwürfe veröffentlicht, aus denen Ihr entnehmen könnt, wie weit die Verhandlungen bezüglich einer gemeinsamen Organisation und eines Parteiprogramms gediehen sind. Diese Entwürfe, welche dem Kongress unterbreitet werden, berathet in allen Einzelheiten, damit kein Schritt, welcher zur Vereinigung hinführt, ungeprüft bleibe.

Überall, wo das arbeitende Volk Deutschlands im Kampfe mit der Kapitalmacht und der Reaktion begriffen ist, überall, wo die Social-Demokratie Deutschlands ihr Banner entfaltet und ihre Heimstätte begründet hat, rüft Euch zur Besichtigung des Kongresses.

Parteigenossen! Es gilt, ein Beet zu schaffen, an dem die Verfolgungswuth der Gegner der Arbeitersache zerfallen muß, und auf dessen fester Grundlage die Partei sich mächtig und siegesfest entwickeln kann. Wir sind Eurer Mitwirkung hierbei gewiß!

- Mit social-demokratischem Gruß
3. Kerr. C. Bernstein. W. Bod. August Oth. G. W. Hartmann. W. Hasenclever. W. Hoffmann. Aug. Kapell. Otto Kapell. E. Krämer. W. Plehnicht. Justus Rotteler. F. Ramm. P. C. Reinhold. Jacob Schmidt. J. B. S. Ba'ther. Conrad Wode.

Programm der deutschen Arbeiterpartei.

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da die nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt nach gleichem Rechte allen Gesellschaftsmitgliedern. In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen. Die Befreiung der Arbeit erfordert die Erhebung der Arbeitsmittel zum Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaft-

liche Regelung der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zuerst im Rahmen des heutigen nationalen Staates, sich bewußt, daß das notwendige Ergebnis ihres Strebens, welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völkerverbrüderung sein wird.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die deutsche Arbeiterpartei mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die socialistische Gesellschaft, die Aufhebung des Lohnsystems mit dem ihm anhaftenden Elend und der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller socialen und politischen Ungleichheit.

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt, um die Lösung der socialen Frage anzubahnen, die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange in's Leben zu rufen, daß aus ihnen die socialistische Organisation der Gesamtheit entsteht.

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als freiheitliche Grundzüge des Staates:

- 1) Allgemeines gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht aller Männer vom 21. Lebensjahre an für alle Wahlen in Staat und Gemeinde.
- 2) Direkte Gesetzgebung durch das Volk mit Vorschlags- und Berufungswahlrecht.
- 3) Allgemeine Wehrpflicht. Volkswache an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.
- 4) Abschaffung aller Ausnahmegerichte, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze.
- 5) Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als geistige und sittliche Grundzüge des Staates:

- 1) Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlichen Unterricht.
- 2) Freiheit der Wissenschaft. Gewissensfreiheit.

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als wirtschaftliche Grundzüge des Staates:

- 1) Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde an Stelle aller bestehenden, insbesondere der indirekten Steuern.
- 2) Die deutsche Arbeiterpartei verlangt zum Schutze der Arbeiterklasse gegen die Kapitalmacht innerhalb der heutigen Gesellschaft:
 - 1) Koalitionsfreiheit.
 - 2) Normalarbeitszeit und Verbot der Sonntagsarbeit.
 - 3) Beschrankung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.
 - 4) Staatliche Ueberwachung der Fabrik-, Werkstatt- und Handindustrie.
 - 5) Regelung der Gefährlichkeitsarbeit.
 - 6) Ein wirksames Haftpflichtgesetz.

Organisation der deutschen Arbeiterpartei.

§ 1. Der Partei kann Jeder angehören, der sich zum Parteiprogramm bekennet und für die Förderung der Arbeiterinteressen thätig ist, auch durch Geldopfer, eintritt. Wer längere Zeit säumig ist, wird nicht mehr als Parteigenosse betrachtet.

§ 2. Parteigenossen, welche gegen das Interesse der Partei handeln, können vom Vorstand ausgeschlossen werden. Berufung an den Ausschuss, resp. an den Parteikongress, ist zulässig.

§ 3. Alljährlich findet ein Parteikongress statt, auf welchem die Verhältnisse der Partei berathen werden. Der Sitz des Vorstandes und der Sitz der Kontrollkommission werden dort für 1 Jahr bestimmt; ferner Vorstand, Kontrollkommission und Ausschuss für die Dauer eines Jahres gewählt.

§ 4. Der Vorstand kann einen außerordentlichen Parteikongress einberufen. Der Vorstand muß einen solchen innerhalb 6 Wochen einberufen, wenn die Mehrzahl der Kontrollkommission und des Ausschusses, oder 1 Sechstel sämmtlicher Parteigenossen die Einberufung beantragen. Der Vorstand bestimmt den Ort des Parteikongresses. Der Vorstand ist verpflichtet, mindestens 8 Wochen vorher Zeit und Ort des Parteikongresses den Parteigenossen zur Kenntniß zu bringen.

§ 5. In jedem Parteikongress ist die vorläufige Tagesordnung mindestens 6 Wochen vorher durch den Vorstand den Parteigenossen zur Kenntniß zu bringen. Die spätestens 20 Tage vor dem Kongress von Seiten der Parteigenossen einkommenden Anträge sind 14 Tage vor dem Kongress als offizielle Tagesordnung zu veröffentlichen. Selbstständige Anträge, welche innerhalb der letzten 20 Tage vor dem Kongress oder erst auf dem Kongress gestellt werden, kommen nur dann zur Verhandlung, wenn sich mindestens 1 Drittel der Delegirten dafür erklärt.

§ 6. Auf dem Parteikongress darf ein Delegirter nicht mehr als 400 Stimmen vertreten; die Abstimmung geschieht nach der Anzahl der vertretenen Parteigenossen und einfacher Majorität. Der Vorstand ist berechtigt, 3 seiner Mitglieder, die Kontrollkommission und die Redaktionen und Expeditionen der beiden offiziellen Parteipresseorgane je 1 ihrer Mitglieder zum Kongress zu delegiren. In außerordentlichen Fällen ist die Anwesenheit des

gesammten Vorstandes auf dem Kongress zulässig. Befolgte Beschlüsse der Partei dürfen kein Mandat von Parteigenossen annehmen.

§ 7. Spätestens 4 Wochen nach Schluß des Parteikongresses muß das Kongressprotokoll den Parteimitgliedern zugänglich gemacht werden.

§ 8. Die Leitung der Parteigeschäfte ist einem Vorstand von 6 Personen: einem 1. und 2. Vorsitzenden, einem 1. und 2. Sekretär und 1 Kassierer übertragen. Der Kassierer hat eine von der Kontrollkommission gutzuheißende Kautions- oder Bürgschaft zu stellen. Das Gehalt der Vorstandsmitglieder wird durch den Kongress festgesetzt. Sämmtliche Vorstandsmitglieder müssen an einem und demselben Ort ihren Wohnsitz haben. Sie werden vom Parteikongress für die Dauer bis zum nächsten, gleichviel, ob ordentlichen oder außerordentlichen Parteikongress, und zwar in besonderen Wahlgängen, mit absoluter Majorität gewählt. Sollte bei der ersten Wahlhandlung eines Wahlganges die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht werden, so hat zwischen den beiden meist bestimmten Personen eine engere Wahl stattzufinden. Weder ein Mitglied der Redaktion, noch der Expedition der Parteipresse darf dem Vorstande angehören. Treten im Laufe des Jahres Balancen ein, so besetzt die Kontrollkommission für die betreffende Zeit die erledigte Stelle. Vierteljährlich hat der Vorstand eine Abrechnung, monatlich ein Verwaltungsjournal an die Kontrollkommission und an den Ausschuss zu schicken.

§ 9. Der Vorstand muß sich binnen 14 Tagen nach dem Parteikongress konstituiren; bis dahin verbleibt dem bisherigen Vorstande, falls der Kongress nicht anders verfügt, die Geschäftsführung.

§ 10. Zur Kontrollirung des Vorstandes besteht eine Kontrollkommission von 7 an einem und demselben Ort wohnenden Personen. An die Kontrollkommission können auch alle vom Vorstande nicht beabsichtigte Beschwerden zur Erledigung gerichtet werden. Die Wahl der Kontrollkommission erfolgt auf gleiche Weise, wie die des Vorstandes.

§ 11. Der Ausschuss, welcher im Fall von Differenzen zwischen Vorstand und Kontrollkommission in Thätigkeit treten muß, besteht aus 18 Personen, welche an verschiedenen Orten wohnen können. Die Mitglieder des Ausschusses werden vom Kongress in besonderen Wahlgängen, in gleicher Weise wie der Vorstand, und zwar für die Dauer bis zum nächsten Kongress gewählt. Der Ausschuss wird durch seinen Vorsitzenden einberufen, und zwar auf Antrag des Vorstandes und der Kontrollkommission oder 9 seiner Mitglieder. Die Einberufung muß binnen 14 Tagen erfolgen. In allen Sitzungen des Ausschusses und der Kontrollkommission haben die Mitglieder des Vorstandes Zutritt und müssen auf ihre Verlangen gehört werden. Stimmberechtigt sind sie nicht.

§ 12. Der Ausschuss und die Kontrollkommission sind berechtigt, falls der Vorstand seine Pflichten verläßt, oder sich weigert, bei nachgewiesener Fahrlässigkeit Abhilfe zu schaffen, denselben mit absoluter Majorität abzusetzen; ebenso können unter den nämlichen Verhältnissen einzelne Vorstandsmitglieder vom Amte entfernt werden. Ist das letztere der Fall, so besetzen die Kontrollkommission und der Ausschuss vereinigt die betreffenden Posten. Sind mehr als 2 Mitglieder des Vorstandes vom Amte entfernt, so muß innerhalb 6 Wochen ein Parteikongress zur Neuwahl berufen werden. Bis dahin verwalten die Kontrollkommission und der Ausschuss die Partei durch eine zu ernennende Kommission.

§ 13. Auf Antrag des Vorstandes kann der Ausschuss einzelne oder sämmtliche Mitglieder der Kontrollkommission ihrer Thätigkeit entheben; der Ausschuss hat dann bis zum nächsten Parteikongress die Posten neu zu besetzen.

§ 14. Offizielle Organe der Partei sind vorläufig der „Neue Social-Demokrat“ zu Berlin und der „Volksstaat“ zu Leipzig. Beide Organe sind Eigenthum der Partei; in Bezug hierauf werden die Formalien durch den Vorstand nach den Beschlüssen des Kongresses erledigt.

§ 15. Die Redakteure, die ständigen Mitarbeiter und die Expeditionen der in § 14 genannten Organe werden, soweit dieses nicht der Kongress dem Vorstand überweist, auf dem Kongress gewählt und ihre Gehälter dort bestimmt; Hilfsredakteure und Hilfsexpeditionen u. dergl. werden auf Antrag der Redaktionen und Expeditionen vom Vorstand bestimmt. Der Kongress entscheidet über den Preis und die Größe der Blätter. Die Expeditionen, welche die Kasse der Blätter führen, haben Kautions- oder Bürgschaft zu stellen.

§ 16. Zur Ueberwachung der geschäftlichen Leitung der in § 14 genannten Parteipresseorgane hat der Vorstand je 2 Revisoren zu ernennen, falls er die Revision nicht selbst vornehmen kann. Diese Revisoren haben nach Anweisung des Vorstandes mindestens 1 Mal monatlich das Kassierenwesen der genannten Blätter zu revidiren, jederzeit auf Verlangen dem Vorstand, beziehentlich dem Ausschuss, sowie einem Parteikongress Bericht zu erstatten und Rechenschaft abzulegen.

§ 17. Der Vorstand ist berechtigt, bei Pflichtverletzung die Redakteure und Expeditionen ihres Amtes zu entheben. Denselben steht die Berufung an die Kontrollkommission zu, welche die Berufung entweder admeifen oder sich an den Ausschuss behufs gemeinsamer Entscheidung wenden kann. Kontrollkommission und Ausschuss können mit Stimmenmehrheit den Beschluß des Vorstandes annulliren. Berufung an den Kongress ist zulässig.

§ 18. Zur Begründung von lokalen Parteiblättern ist die Zustimmung des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ausschusses, welchen über die bezüglichen örtlichen Verhältnisse rechtzeitig und ausführlich berichtet werden muß, erforderlich. Nur solche Blätter, welche mit Zustimmung genannter Parteibehörden in's Leben treten, sind als Parteiorgane zu betrachten und können die moralische und materielle Unterstützung der Partei beanspruchen. Die lokalen Parteiblätter haben sich in prinzipiellen Fragen an das Parteiprogramm zu halten, und sind gleich dem Vorstand unterstellt.

§ 19. Der Vorstand ist verpflichtet, die vierteljährliche Abrechnung der Parteikasse, sowie der Kassen der Organe, welche Eigentum der Partei sind, nachdem sämtliche Teile von den zuständigen Parteibehörden geprüft worden sind, jedesmal in der ersten Hälfte des neuen Quartals den Parteigenossen zur Kenntnis zu bringen.

Der Kulturkampf in Preußen

macht sich nunmehr nach allen Seiten hin geltend; nachdem bis jetzt nur die Social-Demokraten und Ultramontanen von demselben berührt wurden, sind in letzter Zeit auch die Ultrakonservativen an die Reihe gekommen — unter Anderen ist auch der bekannte Muder Pastor Daisford (Verwandter des Gründers Daisford) seines Amtes entsetzt.

Wir Social-Demokraten sind durch solche Verfolgungen gegen Clerikale und Muder in gar keine angenehme Gesellschaft geraten, doch trösten wir uns damit, daß sich jene Herren allesamt wieder vertragen werden, um dann untereinander versöhnt vom öffentlichen Schauplatz für ewige Zeiten zurückzutreten.

Und die Anzeichen hierfür sind schon da. Preußen hatte sich Siebenmeilenstiefel angezogen, um auf der Bahn des Liberalismus das Besämannen nachzuholen; doch diese Stiefel bedecken die reaktionären Hühneraugen allzusehr, sie werden flugs wieder ausgezogen, dahingegen die alten Landsturmjohlschuhe angezogen und das schöne Liedchen erklingt:

„Immer langsam voran, immer langsam voran,
Daß der Krähwinkler Landsturm nachfolgen kann!“
Halt, Paster! Halt, Böck, halt auch Du, edler Kulturknecht
Hinschaut! Haltet, ich komm nicht mit, ruft die alte Dame
Vorwärts — und wirft sich der gnädigen Frau „Kreuzzeitung“ in
die Arme mit dem einen Auge nach der „Germania“, nicht nach
dem „deutschen Reich“, sondern nach Kajunk's „Germania“,
schreitend.

Das eben eingeführte Civilhegegesetz wird von der preussischen Regierung angelegt, und zwar zu Gunsten der Clerikalen und der Muder. So lesen wir folgenden Erlaß der Potsdamer Regierung:

„Königliche Regierung zu Potsdam, 4. Februar 1875.
Nachdem uns bekannt geworden ist, daß Sie Ihre im Dezember v. J. geschlossene Ehe nicht haben kirchlich einsegnen lassen, können wir von Ihren Diensten an der dortigen Volksschule keinen weiteren Gebrauch machen, da wir von einem christlichen Lehrer fordern müssen, daß er die christlichen Erbauungen erfüllt und in deren Probachtung der Gemelnde mit seinem Beispiele voranzugehen werde. Sie werden deshalb zum 1. k. M. aus Ihrer dortigen Stellung entlassen. Abtheilung für Schulwesen. Prediger Breidorf. Superintendent Scopfil. Brahn.“

Großer Schrecken in den Reihen der Liberalen, die „Kreuzzeitung“ und die „Germania“ aber tanzen vor Freude über das wiedergefundene alte kirchliche Preußen einen herrlichen Cancan. Nachdem der Schrecken und die Freude etwas nachgelassen, tritt plötzlich noch größerer Schrecken ein und die Freude bei den Clerikalen und Orthodoxen wird noch überprademlicher.

Durch die Zeitungen geht nämlich folgende Nachricht:
„Von parlamentarischer Seite verlautet, es mache sich in einflussreichen Kreisen eine sehr starke Reaktion gegen das Institut der Eheliche geltend. Erzählt wurde, neulich hätte ein Feldwebel sich verheiratet, ohne die kirchliche Einsegnung seiner Ehe begehrt zu haben. Er soll von seinem militärischen Vorgesetzten bestraft worden sein, daß eine bloß vor dem Standesbeamten geschlossene Ehe eines Soldaten unwürdig sei, und weiter heißt es, zufolge dieses Vorfalls sei ein Rescript erlassen worden, das den Militärpersonen zur Pflicht mache, der bürgerlichen Trauung die kirchliche folgen zu lassen.“

Nun wird es nicht lange dauern, daß alle preussischen Beamten veranlaßt werden, trotz des Civilhegegesetzes sich kirchlich trauen zu lassen.

Wir geben überhaupt nicht viel auf solche Wirren; uns ist eine Pfaffenherrschaft unannehmlich, und ist die Herrschaft der politischen Reaktion unannehmlich, aber uns ist auch die Herrschaft des auf den Geldsack gestützten Liberalismus unannehmlich — das Grundprinzip aller drei Herrschaftsformen ist eben die Reaktion.

Mögen sich unsere Gegner nur recht flüchtig beschreiben, möge die Reaktion dem allzu übermächtig auftretenden Liberalismus nur gehörig auf die Finger klopfen, wir freuen uns — wir sehen in dem Bank der anderen Parteien um die kleinsten Dinge nur ihren Verfall.

Nur noch einige Jahrzehnte und es werden Ultramontanismus, Reaktion und Liberalismus vereint in die historische Kampfnummer geworfen sein, wo sie dann recht friedlich nebeneinander ruhen können.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. März

Die preussische Regierung ist sehr erbozt auf eine neue Halle des Papstes, in welcher derselbe die neuen Kirchengesetze für gar nicht verbindlich für seine Ketzer erklären. Man sollen alle katholische Beamten gefragt werden, ob sie zum Papste oder zur Regierung halten wollten jetzt und in der Zukunft. Danach scheint man auf den Dienst, den jeder Beamte schon geleistet hat, nicht besonders Gewicht zu legen.

Die Klagen über den noch so geringen Umlauf der neuen Reichsmünzen vermehren sich täglich, ohne daß eine Aussicht vorhanden ist, daß diesem Missestande bald abgeholfen werden wird. Nach einem der „Volkzeitung“ von kompetenter Seite zugehenden Nachrichten ist vor dem Jahre 1880 ein normaler Umlauf der deutschen Reichsmünze bei der angestrenztesten Thätigkeit der in Deutschland bestehenden Münzprägestellen nicht zu erwarten.

Ueber Arbeiterentlassungen. „Die Volkszeitung“ aus Königsberg schreibt: „In einer der hiesigen Maschinenfabriken haben die Fabrikarbeiter die Arbeit, vorläufig unter den bisher von ihren Fabrikherren gegebenen Bedingungen, wieder aufgenommen. Die Arbeiter der Unions- und Steinarth'schen Eisengießerei, in der Zahl von circa 800, jedoch noch nicht. Dieselben feierten auch heute noch, da die Herren dieser Fabriken an der Forderung einständiger Mehrarbeit festhielten. — Der „R. P. Bz.“ geht die berichtende Mitteilung zu, daß die 550 Fabrikarbeiter der „Unions“ nicht die Arbeit eingestellt haben, sondern von der Arbeit ausgesperrt worden sind, da nämlich alle Arbeiter, die nicht zu der neu angelegten Zeit, um 6 Uhr Morgens, sondern um die bisher übliche Zeit, um 7 Uhr, sich zur Arbeit einfinden, die Thüren der Fabrik für sich geschlossen fanden.“ — Es ist wirklich unerhört, daß jetzt, wo die Fabrikation so schlecht geht, die Forderung einer einständigen Mehrarbeit von Seiten der Fabrikanten gestellt wird. Darin kann man nur den böshafsten Uebermuth jener Herren erblicken, welche die Arbeiter jetzt drücken wollen, weil dieselben wehrlos sind. Wer sät denn nun den Klassenhaß?

Dem Vernehmen nach hat die französische Regierung Auftrag gegeben, in Deutschland 10,000 Pferde anzukaufen. Die „Königliche Zeitung“ bemerkt dazu: „Es liegt kein Grund zu der Annahme vor, als sei damit nothwendiger Weise eine kriegerische Absicht verbunden. Die Maßregel bildet vielmehr einen Theil der im Werke begriffenen Reorganisation der französischen Armee. Unerkennbar wird diese Reorganisation in dem Styl unternommen, daß sie bei erfolgtem Abschluß einer imposanten Kriegserklärung gleichkommt, welche wahrscheinlich die Spitze gegen Deutschland lehrt. Da fragt es sich denn aber, ob die deutsche Pferdebeziehung gerade den Beruf hat, die französische Streitkraft zu erhöhen. Uebrigens abgesehen von Allem, ist zu bedenken, daß die einmalige Ausfuhr von 10,000 Pferden doch für eine Reihe von Jahren auf und ihre Wirkung äbt. Unsere landwirthschaftlichen Verhältnisse haben ohnehin mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Diesen würde sich nun die Konkurrenz einer fremden Regierung zugesellen, die, ohne Rücksichten auf ihre Steuerzahler sich bemüht zu fühlen, so umfassende Geschäfte ohne Preislimitation unternimmt. So schint Manches dafür zu sprechen, in diesem Falle ein Ausfuhrverbot für wünschenswerth und angezeigt zu erachten.“ Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ enthält eine ähnliche offiziöse Mittheilung. Ein Ausfuhrverbot scheint also bevorzustehen.

Der Krieg scheint also nicht mehr lange auf sich warten zu lassen. — Aber wie sieht es bei solchen Ausfuhrverboten mit den freihändlerischen Ideen aus, denen sich Deutscher und Genossen in der deutschen Reichsgesetzgebung durchweg angeschlossen haben?

Aus Spanien wird berichtet, daß König Alfonso erkrankt ist. Die Ärzte haben ihm Ruhe anempfohlen. Der Knabe muß also seinen Thronertrag bündigen und den Kriegsschauplatz verumreisen. Wahrscheinlich ist ihm dies sehr lieb.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist, wie von dort geschrieben wird, nicht weniger als eine Million Arbeiter und Arbeiterinnen brodlos, da es nichts für dieselben zu thun giebt. Ein volles Viertel davon sind Eisenarbeiter oder Kohlen- und Eisengrubenarbeiter und andere Handwerker, die für ihr tägliches Brod auf den Eisenhandel angewiesen sind. — In Deutschland sieht's nicht besser — die Interessen aller Kulturvolker sind dieselben und Freunden und Feinden theilen sie gemeinsam.

* Ueber den Bismarckkultus, wie er in Deutschland Mode geworden ist und auch unter den Deutschen im Auslande gepflegt wird, finden wir in einer Londoner Korrespondenz der „Allgemeinen Zeitung“ ein recht treffendes Urtheil. „Die politische Krankheit des Heldenkultus — sagt der Verfasser — muß seuchenartig in Deutschland wüthen, wenn wir nach dem Gebahren der jungen Deutschen in England und nach der Haltung der gut- und besitzthümlichen Presse im Vaterlande und einem Schluß auf die öffentliche Meinung erlauben dürfen. Es ist aber die gefährlichste und entsetzlichendste aller politischen Krankheiten, weil sie die bürgerliche Selbstthätigkeit zerstört, das Vertrauen auf eigene Kraft, das persönliche Pflichtgefühl, ohne welches weder die Dauer der politischen Macht noch der Beginn der politischen Freiheit denkbar sind. Selbst der Caesarismus wirkt weniger demoralisierend, da er der Zwangsmittel bedarf, um die Gesamtheit in einer einzigen Person untergehen zu lassen, und daher immer gewisse oppositionelle, zur Selbstthätigkeit berechtigende, auf eine günstige Gelegenheit wartende Gefühle nach erhdit. Die „Bismarckomania“ dagegen, wie der „Standard“ diese Krankheit zu nennen pflegt, ist der freiwillige Verzicht auf selbstständiges Denken und Handeln, auf Mäandlichkeit des Charakters und auf das politische Pflichtgefühl. Hier in England, das seine Macht und seine Freiheit ausschließlich der thatkräftigen Initiative und dem Muthe seines Volkes verdankt, begreift man solche Zustände kaum. Das Zittern und Zagen, das sichtbarlich durch die deutsche Presse geht, sobald, wie eben jetzt, das Gerücht sich verbreitet, daß der „große Mann“ demnächst durch Gesundheitsrückichten zum Rücktritt bezwungen werden könnte, d. s. allgemeine Concomit, zu welchem die offiziellen Zeitungsschreiber vorgingen, macht hier einen räthselhaften Eindruck.“

* Ein geflügeltes Wort. Ein großer Wiener Geldmann, Baron von Wertheim in Wien, gab vor einiger Zeit in einer Generalversammlung der Aktionäre der Kassen-Fabrik-Aktien-Gesellschaft auf verschiedene Angriffe, folgende bezeichnende Worte: „Die Moral steht nicht auf unserer Tagesordnung!“

* Das Berliner Kammergericht hat bei unseren Brandenburger Parteigenossen, welche der Uebertragung des Vereinsgesetzes angeklagt und von der ersten Instanz zu hoher Gefängnißstrafe verurtheilt waren, dies Erkenntniß in Geldstrafe verwandelt. Die Motive dieser Umwandlung sind im Erkenntniß dahin festgesetzt, daß die preussische Polizei durch ihr langjähriges passives Verhalten gegenüber dem Allg. d. Verb.-Ver. ein und der social-demokratischen Vereinigungen überhaupt, die Arbeiter in dem guten Glauben gelassen habe, daß sie das Gesetz nicht verletzten. Aus diesem Grunde dürfe ein verschärftes Strafmaß unter keinen Umständen angenommen werden.

Der Grund ist allerdings zurechtend — aber noch richtiger wäre es gewesen, wenn nach solchen Erwägungen die Angeklagten freigesprochen worden wären. Haben dieselben überhaupt das

Gesetz verletzt, so haben sie es nach dem Anspruch des Kammergerichts ohne Absicht und ohne Bewußtsein gethan — sie können dann doch nicht bestraft werden.

* Was liegt die erste Nummer des „Agitator“ vor; wir begrüßen das neue Unternehmen mit Freuden. Der „Agitator“ wird ein guter Mitkämpfer für die Sache der Arbeit sein. — Herr Eck, unser alter Freund und Parteigenosse, leitet das Unternehmen mit folgenden Worten ein:

„In die Parteigenossen!
In den letzten Jahren sind die polizeilichen Hindernisse, welche der socialistischen Agitation in den Weg gesetzt wurden, immer größer geworden; viele Parteigenossen wickeln im Exil und noch weit mehr befinden sich in den deutschen Gefängnissen. Die Agitation aber darf nicht erlahmen!

Deshalb habe ich es unternommen, gestützt auf das Vertrauen, welches ich seit langen Jahren unter den social-demokratischen Arbeitern genieße, den „Agitator“ herauszugeben.

Derselbe wird in streng socialistischem Sinne redigiert, die Ueberschüsse aber sollen zur Agitation für das Recht der arbeitenden Klasse verwendet werden.

Deshalb fordere ich zu zahlreichem Abonnement auf, damit die socialistische Agitation durch den „Agitator“ in doppelter Weise gefördert werde.

Berlin, den 4. März 1875.
Mit social-demokratischem Gruß
H. Eck,
Alte Jakobstraße Nr. 46.“

Wir wollen wünschen, daß der „Agitator“ bald 25,000 Abonnenten hat. Wir ersuchen unsere Freunde, dies Unternehmen zu unterstützen.

* Die Moskische Broschüre: „Die Pariser Commune vor den Berliner Gerichten“, ist am 2. März bei dem Verleger W. Braude in Braunschweig konfiszirt worden. Der „Braunschweiger Volksfreund“ schreibt dazu: „Soeben wurde die Broschüre von Joh. Hoff: „Die Pariser Commune vor den Berliner Gerichten“, auf Antrag der hiesigen braunschweigischen Staatsanwaltschaft bei dem Verleger W. Braude jr. konfiszirt. Dieselbe soll gegen den § 130 des Strafgesetzbuchs verstößt, also verschiedene Klassen der Gesellschaft in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Gewaltthätigkeiten gegen einander anreizen. Wir sind doch sehr neugierig, wie sich dies begründen läßt, da die Broschüre doch nur den Bericht über den gegen Hoff angehängten Proceß enthält. Die Ausgabe war übrigens gering, da die Schrift seit nahezu acht Tagen vergriffen war; es wurde ein Exemplar vorgefunden, das seines beschriebenen Umschlages wegen nicht hatte verkauft werden können.“ Ebenso hat die Leipziger Polizei am 3. März auf der Sachhandlung des „Volksstaat“ zehn Exemplare dieser Broschüre konfiszirt.

* Wie bringen nachstehend einen längeren Bericht aus dem Gothaer Regierungsorgan über eine Volkerverammlung in Gotha, in welcher unsere Parteigenossen Hasekleeber, Reinders, K. und O. Kappell gesprochen haben. Man sieht aus dem Berichte das große Interesse, welches man den social-demokratischen Bestrebungen überall widmet, und aus diesem Grunde schon und des Freies wegen, den der Referent im Allgemeinen geäußert hat, sollen uns die sauren Wüthe und Unrichtigkeiten des Berichtes ganz kalt lassen. Daß beispielsweise Hasekleeber nicht gesagt hat, die Volksgenossen haben sich aus den Pöbelkreisen entwickelt, ist wohl selbstverständlich. Dann kann man nicht oft genug wiederholen, daß in einem nur 1-Mündigen Rede, welche sich über die Entstehung des Socialismus verbreitet und dann noch einige Schlaglichter auf den Reichthum wirft, nur Andeutungen und keine großen Ausführungen gegeben werden können.

Im Uebrigen wäre es gut, wenn sich alle Referenten von gegnerischen Zeitungen so viel Mühe gäben, wie der Gothaer Referent. Der Bericht folgt nunmehr:

Gotha, 16. Februar. Ich bin seit gestern erst in den Dienst wieder eingetreten. Der Dienst des Reporters war grade gestern ganz interessant. Die „germanischen Brüder“ der Social-Demokratie hielten in hiesiger Stadt einen Kongreß ab, um ihre frühere Bündnisthätigkeit aus der selbigen Freiheit wieder neu heraus zu rekonstruieren. In Heller's Lokal (Restaurations Kottwasser) war am Abende 8 Uhr eine Volksversammlung anberaumt, vor welcher Reichstagsabgeordneter Hasekleeber sprechen wollte. Um 9:15 Uhr zu sehen, zog auch ich in die Saalbauhalle Alle mit hinaus. Der Saal war überfüllt. Wenn unsere Kreise sich einmal solcher Frequenz zu erfreuen haben, wird's nun die Aufgabe der Synoden, den kirchlichen Sinn zu wecken, äußerst wohl bestellt sein. Dessen konnte man wohl, aber wieder heranzugehen, was dann wächst ein Ding der besten Umstände.

Herr Bod von hier eröffnete 8 Uhr die Sitzung mit Bildung des Bureau's. Es selbst wurde zum Vorsitzenden, zwei junge Leute aus einer hiesigen Fabrik wurden zu Schriftführern durch Affirmation gewählt.

Der Vorsitzende ertheilte Herrn Reichstagsabgeordneten Hasekleeber, den wie in unserer Mitte zu sehen die Freunde haben, das Wort.

Herr Hasekleeber, der gar nicht so schlimm aussieht, wie er gewöhnlich gemacht wird, der eher das Exterieur eines Alerand, viel geäußerten Sympathieprofessors, als das ein jugendlich willkommener Volkstribun darstellt, trat an die Rampe vor. Er begann mit der Erklärung an die Versammlung, daß Dank der selbstlosen Aufgabe mannigfaltiger persönlicher Ueberzeugungen und Interessen das Werk der Versammlung, welches die Führer der Social-Demokratie hier im Schöße Thüringens zusammengeführt habe, heute noch geklärt und zum Abschluß gediehen sei.

Viribus unitis — wie die Oesterreicher sagen — wird die Social-Demokratie nunmehr an ihrer menschlichen Aufgabe, welche sie vertreten können. Diese Aufgabe darf er auch in Gotha wohl nähergerade als hinlänglich bekannt voraussetzen und zudem würde ihn die Kürze der ihm nur zum Sprechen zugemessenen Zeit an einem gründlich erschöpfenden Eingehen in alle die Probleme auch hindern. Aber einige historische Parallelen werden gefaßt sein, und dann sollen kurze Aergernisse aus dem Reichthum auch Denjenigen, welche vielleicht nur die Reizkerde und nicht die Sympathie mit unserer Axiomatik oder Philosophie hiesiger geführt hat, immerhin noch etwas Interessantes bieten.

Daß die Vertheilung der Arbeitserfolge zwischen dem Arbeiter selbst und dem diesen in Bewegung setzenden Kapital eigentlich eine gänzlich ungerechte ist, das wird eigentlich nicht einmal ein gerechter Kapitalist bestreiten wollen, wenn man ihm das darum sagt. Wenn Richmond mag heut zu Tage mehr offenbar ungerecht erscheinen. Aber das müßten die Social-Demokraten doch nicht zu ändern vermögen, wird auch der gerechte Kapitalist antworten, der Unterschied zwischen Arm und Reich, zwischen Kapitalmacht und Arbeiterproletariat sei einmal göttliche und menschliche Ordnung.

Aber man solle darüber den Rath nicht sinken lassen. Man solle nur in die Geschichte zurückgehen. (Reinder that das und geht zunächst nach Rom zurück, als dort die Könige vertrieben waren, die beiden Bräutchen die Bürgerrechte einleiteten und später die Welterschöpfung des Kaiserthums ihre spitzigen Spitzen auf dem Boden der Sklaverei trieb.) Wenn einstmals etwas ein jugendlicher Fremdling an einem Tisch mit römischen Patriziern sich gesetzt und ihnen aus einander gesetzt haben würde, daß eigentlich doch diese ganze Verhandlung und Stellung der Plebejer in Rom eine äußerst ungerechte sei, so würden ihm gewiß die humanen Herren Patrizier am Tisch Alle darin vollkommen Recht gegeben, oder ihm auch gesagt haben, daß das sich einmal nicht ändern lasse, und daß es eben göttliche und menschliche Ordnung wäre! Und doch sei all diese Ordnung im Laufe der Zeit gleichwohl mit sammt den Patriziern und Plebejern noch in die Kammer genommen worden. Und als nun mit Annullus des Kaiserthums besaß und unter seinen Nachfolgern die reichen Römer ihre Sklaven in ihre Fischgründe hineingeworfen hatten, um das Fleisch der davon gefä-

lügen Märchen auf ihrer Spitze; Das dem verdächtigem Gannem schmoch-
licher zu machen, da wurde denn gewiß der humane Ovis dem Fremdling
zu seiner uralten Tugend, daß eine solche Verwendung der Sclaven,
eine solche Ausbeutung der Sclaven etwas höchst ungerechtes sei, ein-
geräumt, aber gewiß auch nicht hübschlich vergessen haben, daß — die
Sclaveri einmal göttliche und menschliche Ordnung sei, und daß der Fremd-
ling mit seinen Parteigängern sie gewiß nicht aus der Welt heranzuschaffen
vermochte. Und doch sei in Rom und zuletzt in Amerika noch in un'er
n Tagen das schandvolle Institut der Sclaveri ganz, genau in dieselbe Kam-
mer gekommen, in welcher vor ihr die Plebejer friedlich neben den
Patriciern ausharrten.

Der Redner steigt nunmehr in's Mittelalter hinunter. Aus dem Pa-
trixen- und Plebejer-, dem freien Bürger- und dem unfreien Sclavenrethum
der alten klassischen Welt hat sich im Mittelalter allmählich — das Ritter-
thum und die Leibeigenschaft herausentwickelt. (Mein alter ehrwürdiger
Geschichtschreiber Herrmann von Schlegel möge diese lächerliche historisch-
mythologische Phantasie nicht als eigene These zu Last legen!) Und — an der Kaiserkrone im Brunnsaal jener Raubritter wurde
gewiß ebenso wenig irgend einer der Selbigen dem Fremdling gegen-
über anrecht erhalten haben, daß die Verdrängung der Leibeigener, die Aus-
raubung des vorerzehlenden Städtelebens etwas „Benedictus“ sei, wohl
aber würde ihm Jeder erwidern haben, daß das einmal göttliche und mensch-
liche Ordnung sei, und daß er's mit seiner neuen Zeit doch nicht ändern
werde. Und dennoch habe eben diese neue Zeit — den mittelalterlichen
Raubritter zum Patriexen der klassischen Welt, den bürger- und bänklichen
Leibeigener zum Plebejer und Sclaven derselben in eine und dieselbe Kam-
mer hineingeworfen!

Warum solle diese Erfahrung nicht auch in unserer modernen Zeit,
bei welcher nunmehr der Redner anlangt, sich wiederholen? Wie aus den
Patriciern die Raubritter und aus den Plebejern die Leibeigener sich ent-
wickelt haben, so ist aus dem Raubritterthum die herrschende Kapitalmacht
und aus der Leibeigenschaft das vorherrschende Proletariat unserer moder-
nen Zeit hervorgegangen. (Christian Herold's Handlung wollte diesen un-
geheuerlichen Sprung dem Referenten als bloßes Referat abstrakt verzei-
hen!) Und wie zu den Patriexen die Plebejer, zum civis die res nova
movens und zum mittelalterlichen Raubritter sehr rechtloser Leibeigener, so
wird vielleicht auch noch einmal zum modernen Kapitalmenschen der modern
rechtliche Proletariat in's selbe Museum geschicklich überwandene Zustände,
— wenn wir's auch nicht mehr erleben, müssen wir doch v'an abeten!

In dieser Hoffnung schließt auch ich als Herold's-Proletarier meine
„Arbeit“, erkläre mich aber auch zur Fortsetzung bereit, wenn Leser der
Zeitung das wünschen sollten.

Gotha, 19. Febr. Sie haben Recht; mein Bericht im Mittwochblatt
umfaßt nur den ersten allgemeinen — ich möchte sagen historisch oder
vielmehr unhistorisch phylologischen Theil der Hofenwörter Rede. Ich
komme aber gern Ihrem Wunsch nach und auf die Montagversammlung
im Hofenwörter Lokal zurück. Jener erste Theil erschien mir nur eben mehr
als das Wichtigste, weil für die ganze Art und Weise, wie die Social-
Demokratie sich den Stunden an eine Möglichkeit praktischer Verwirklichung
ihres Utopien logisch zuerschleibt, Belegstücke.

Nach seinem historischen Umriss in's klassische Alterthum und das fern-
de Mittelalter ging Herr Hofenwörter auf die ferneren Tagesfragen
unserer Zeit über.

Dieser trat er zunächst zwei Verhältnissen entgegen, deren die social-
demokratischen Bestrebungen noch immer begehrten.

Einmal der falschen Auffassung, daß sie das private „Eigenthum“ des
Einzelnen aufheben wollten. Das wollten sie gar nicht. Sie wären nur
gegen die „Kapitalherrschaft“, welche die Arbeit für sich allein ausbeutet,
oder nicht gegen das „Eigenthum“ gerichtet, welches der Arbeiter für sich
aus seiner Arbeit gewinnt. (Auch im social-demokratischen Zukunftsstaat
wird also z. B. der Arbeiter den Bogenbauer, in dem er sein Rechtliches
bezieht und aus dem er von diesem sich der seiner Arbeit etwas vorführen
läßt, als sein ganz persönliches Privatigenthum zu betrachten haben, nicht
als das Eigenthum der mit ihm arbeitenden Gesammtheit.)

Dann auch der falschen Auffassung, als ob die social-demokratischen
Bestrebungen „international“, gegen das eigene Vaterland gerichtet wären.
Wer über all freie, glückliche Menschen haben will, der will sie in seinem
eigenen Vaterland gewiß nicht als „Unterdrückte vom Fremdling“ haben.
Wenn die Franzosen, wie der Redner an anderer Stelle bemerkt, 1870 von
Bessort aus nach Deutschland herübergekommen wären und demselben später
Rufalen und Bäckstücken noch hineintreiben würden, so wären wir Social-
Demokraten gewiß die ersten, welche die Einen wie die Anderen von ge-
heiligten Boden der Heimath wieder hinausjagen würden. Nicht
auf dem Wege der Beschränkungen, sondern dem legalen Weiterentwicklung
will die Demokratie ihre Ziele erreichen.

Der Redner geht versprochenermaßen nunmehr zu den Verhandlungen
des deutschen Reichstages über, von denen er allerdings ganz und gar nicht
bescheidet erscheint. Drei Punkte hebt er hier besonders hervor.

Zunächst eine mehr nur persönliche Angelegenheit. Er ist nämlich
wegen Verletzungen des höchsten Reichsgerichts, der für derartige Radel-
stiche ganz besonders sensibel sei, zu Schikane verurtheilt worden, und im
Gesetzgebungsrat hat er den ersten Schicksal des Reichstages natürlich nicht be-
zogen können. Einer seiner social-demokratischen Partei- und Organisations-
genossen hat aber inzwischen im Reichstag den Antrag auf seine Freilassung
für die Dauer der demnächstigen Session eingebracht. Und dieser Antrag ist
nicht einmal von der Fortschrittspartei, geschweige denn von den „National-
liberalen“ unterstützt worden, welche doch eigentlich schon vom „National-
verein“ her nur Rechtsgegner und bei Nichtbeachtung noch weniger liberal
als national sind! Als aber dagegen Herr Rejmanke von der „Zentrum-
fraktion“, obgleich er längst vor Eröffnung des Reichstages schon verurtheilt
war, nun blutiger auch hinter Schloß und Riegel gesteckt wurde, da habe
sich auf einmal das Unabhängigkeits- und Selbstgefühl der Fortschritt-
partei, wie der national-liberalen Partei nachträglich aufgebäumt und der gesammte
Reichstag mit überwiegender Majorität nunmehr die Freilassung des Herrn
Rejmanke verlangt!

Denn, sagte der Redner hinzu, die Centrumfraktion verfüge über 110,
nützigen und glücklichen Falles sogar über 150 bis 160 Stimmen und
könne also möglicher Weise einmal bei der Endabstimmung über irgend ein
Gesetz noch den Ausschlag geben; eine Leber sei aber der anderen worth und
— sammtliche liberale Parteien hätten noch weit mehr die rote, als die
schwarze Internationale.

Ob aber darin eine gewisse Gleichmässigkeit und Konsequenz, oder auch
nur eine Gleichgültigkeit seitens des Reichstages liegt, das überlasse der
Redner dem Urtheil der Versammlung selbst.

Am dritten hat den Redner die Annahme des Landsturmgesetzes
vom Reichstag s'geret. Früher blieb es in Preußen bei der Kammer-
organisation immer, wenn wir erst die Coburg-Gothaer und die Schwarz-
burg-Rudolfsburger und Sondershäuser und wie alle die anderen kleineren
und mittleren Staaten heißen, bei unserer preussischen Armee haben, daß
wir nicht allein mehr die Rüstung für ganz Deutschland tragen müssen,
dann werde die Militärkraft, sowohl was die Steuern des als die Dauer
der Dienstzeit betrifft, auch für Preußen erhöht werden können. Und die
Dienstpflicht habe damals nur bis zum 32. Lebensjahre gedauert. Seit
1866 und namentlich 1870 verfiel Preußen über die gesammte deutsche
Wehrkraft und — jetzt komme man wieder mit einem neuen Gesetz, welches
die Dienstpflicht dadurch bis zum 42. Lebensjahre ausdehnt, daß der Kaiser,
wenn ihm deutsches Gebiet von einer feindlichen Invasion bedroht er-
scheint, den Landsturm, d. h. alle wehrfähige Mannschaft in Gesamt-
Deutschland bis zum 42. Jahre unter die Fahne berufen und nun den Land-
sturm, wie die Reserve aus der Landwehr ergänzen kann! Und der Reichs-
tag habe ein solches Gesetz natürlich auch richtig wieder angenommen! Die
Steuern oder seien niegedrungen in Deutschland höher geworden, sondern
würden mit jedem Tag immer größer! Wenn man auch von Kaiser Wilhelm
persönlich nicht zu befürchten habe, daß er etwa nützlich den Landsturm
aufheben wird, so scheide man doch solche nicht auf Personen zu und in die
Gesetze gehörten vorläufig Bestimmungen hinein. Die Hauptzeit des Mi-
litärdienstes nicht ohnehin auf dem Kaiserthum und dem Proletariat; die
Schwäche läge sich eher, wie die großen Verbesserungsgesetze neuerer Zeit
in den Rheinprovinzen und anderwärts in Bezug auf das dortige Ausbeu-
tungsverhältniß gezeigt hätten, von der per d'ischen Erfahrung der Dienstpflicht
losgelassen, ganz abgesehen von dem Institut des Einjährig-Wehrpflichtigen-
dienstes.

Der dritte Punkt ist ein Widerspruch zwischen zwei Konventionen, welche
der preussische Finanzminister Herr Camphausen (war nicht im Reichstag,
aber doch im preussischen Abgeordnetenhaus) nentlich gethan hat. Die Ver-
träge des Vortageses sind nicht nur in Preußen, sondern in allen deutschen
Landern mehr als sechs Millionen steuerpflichtiger Staatsbürger
im letzten Finanzjahr gar keine direkte Steuern zu bezahlen gehabt haben,
weil die Steuer nur 140 Tausend jährlich einnahmen; dort von der
Klassensteuerpflicht ganz frei sind. Und so ist im selben Kampfe, mit wel-

chem er diese entsetzliche Thatsache so hüllte, schlug er ein fast ebenso häss-
liches Mittel dagegen vor. Die Arbeiter müßten von ihren hohen
Arbeitslöhnen mehr nachlassen, damit die fiskalischen Zustände wieder besser
werden könnten. Welche Zumuthung! Wie ein Arbeiter den Lohn für
seine Arbeit, die ihm nicht einmal 140 Tausend jährlich einbringt, noch mehr
heruntersetzen und dabei seine vierköpfige zahlreiche Familie auch noch ernähren
soll?

Der Redner trat hier ab und überließ das Kunststück der Versamm-
lung, die in einer Pause von 10 Minuten darüber nachdenken konnte.

Nach der Pause stellte sich Herr Reinders aus Breslau vor, ein Refe-
renter mit dem Exterier eines in seiner idealistischen Welt schwärmenden
Mäpplers, der zwar nicht ganz grammatisch richtig, aber anstrebend
steigend und jungengewandt zu sprechen wußte. Mit unserm Gottha ist er
eigentlich ziemlich zufrieden, denn er — aber hier wenig Großindustrie und
viel Ackerbau vor dem Verein- und Versammlungsbereich, aber anderwärts
beruht noch die Großindustrie vor und dort ist es so, daß der Fabrikherr
vielleicht früh und höchstens noch einmal Abends durch seine Fabrik hin-
durchwandert, in welcher Arbeiter und Buchhalter mit den 200 Fabrik-
arbeitern die eigentliche Arbeit besorgen, daß alle diese Arbeiter nur wä-
genmäßig oder monatlich ihren Lohn, resp. ihre Monatsbezüge bekommen
und wenn das Jahr herum ist und der Fabrikant eine Bilanz zieht, hat
er 10,000 Thlr., die er in seine Tasche steck und die Arbeiter haben nichts,
als glücklichen Falles sich vielleicht täglich wieder ein Jahr weiter durch-
geschlagen. Wäre's nicht besser, wenn die 200 Arbeiter auch für ihre alten
Lohn einen Antheil an den 10,000 Thlr. hätten? Aber Besserung ist nur
auf dem Wege der geschicklichen Entwidlung, durch größere Theilnahme
von Arbeitervertretern am Werk der Geschickung anzustreben und das Ver-
tragswesen wie in Preußen, das indirekte Wahlsystem wie in Gottha
ist dazu wenig günstig.

So folgen noch zwei Gebrüder Kapell aus Berlin, auch Geschichtstel-
fende der social-demokratischen Propaganda, auf der Rheinreise, aber
praktisch: Vorschläge zur Lösung der Schwierigkeiten, wie das Leben
zu verbessern werden kann, daß es für den Einen wie für den Andern
gleich gut ist, wissen auch sie ebenso wenig, wie ihre Vordränger zu machen,
als die Versammlung treunt sich gegen 12 Uhr Nachts ziemlich ebenso un-
terrichtet, wie sie gegen 8 Uhr Abends zusammengekommen war.

Daß die trefflichen Ausführungen der Gebrüder Kapell vollständig aus-
geschlossen sind, hat wohl seinen Grund darin, daß dem Referenten der Raum
mangelte, da dieselben sonst wohl geeignet waren, den Gotthenern vielfach die
Augen zu öffnen. — Die Versammlung selbst, so wie der Bericht des Got-
thaler Regierungsrathes haben jedenfalls in Gottha für unsere gute Sache
große Propaganda gemacht.

Wir sagen dem Herrn Referenten des Regierungsrathes unsern besten
Dank für seine Mühsüße.

Bremen, 26. Februar. (Versammlung.) Am 21. ds. tagte hier
eine Volksversammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete K. Sell aus
Hamburg über die kulturhistorische Nothwendigkeit des Socialismus und
seine Gegner zu sprechen wollte. Durch unvorhergesehene Geschehnisse war der-
selbe aber daran verhindert. In seiner Stelle hatten die Herren Glauz
aus Berlin und Kurz aus Hamburg das Referat übernommen. Beide
Herren erledigten sich ihrer Aufgabe zur vollen Zufriedenheit aller An-
wesenden. Auch Herr Feld sprach noch einige Worte zur Tagesordnung.
Einer Aufforderung des Vorsitzenden, die S'gnur, welche mit den Ausfüh-
rungen genannter Herren nicht einverstanden seien, möchten sich zum Worte
melden, wurde nicht Folge geleistet. In gehobener Stimmung schloß die
Versammlung unter dem Gesange der Arbeitermarseillaise. Das Bureau
bestand aus den Herren: Hofenwörter, als erstem Vorsitzenden, W. Reich, als
zweitem Vorsitzenden, und Unterzeichneten als Schriftführer. E. Loch.

Frankfurt a. M., 23. Febr. (Bericht.) Gestern Abend fand hier
selbst eine Volksversammlung statt, die von Sammlern Socialisten zahl-
reich besucht war. Das Bureau bestand aus den Herren Prinz, Schmidt
und Sabor. Nachdem Herr E. Klea über „Macht und Recht“ unter
großer Beifall gesprochen hatte, bezieht man über die Gründung eines social-
demokratischen Bundes. Sammler Redner, Prinz, Schmidt, Klein,
Beyer und Sabor, schlugen die Wahl einer Kommission vor, welche die
Statuten auszuarbeiten und einer neuen Versammlung zur Prüfung vorleg-
en sollte. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, und sind folgende
Personen in die Kommission gewählt: Dietz, Elzer, Opatzow, Klein,
Prinz, Klea, Schade, J. Schmidt und Sabor, (zu etwaigem Ersatz: Adam
und Th. Sander).

Hamburg, 28. Februar. (Allg. Böttcher- [Köper-] Verein.)
Sonntag, den 21. ds., hielten wir eine Versammlung ab, in welcher Herr
O. Pflüger aus Berlin über die Stellung und ihren Nutzen zu allgemeiner
Zufriedenheit sprach. Auch die Herren Gadow und Hainke nahmen an der
Debatte Theil. Die Versammlung verlief gut und wird ihre Rechte tragen.
D. Ilber.

Zur Geschichte des Zeitungswesens.

Nach dem bei der Vielfältigung von Schriftwerken haupt-
sächlich wirksamen Instrumente, der Buchdruckerpresse, hat man
bildlich die Gesammtheit der durch den Druck verbreiteten Schrif-
ten und die darin sich offenbarende geistige Bewegung mit dem
Namen Presse belegt. In einem engeren Sinne wird diese Be-
zeichnung auf denjenigen Theil der Literatur übertragen, dessen
ganze Wirksamkeit von der raschen und allgemeinen Verbreitung,
und deshalb vorzugsweise von der Benutzung der Druckerpresse
abhängt, auf das bei den europäischen Kulturvölkern, im Vor-
gehen gesagt, in eminenter Weise ausgebildete Zeitungswesen.
Man hat die Presse die höchste „Großmacht“ genannt.

Die Anfänge des Zeitungswesens sind in nur scheinbarem
Gegensatz zu unserer soeben gegebenen Definition nicht im Mittel-
alter, sondern im klassischen Alterthum zu suchen. Das freigei-
lebende und nichts weniger als in unserem Sinne gelehrte Volk
der Griechen hat das in Reife stehende Institut nicht gekannt.
Die praktischen alten Römer, das Volk der Staatskunst, verstand
auch ohne Kenntniß des eigentlichen Buchdrucks mittelst Abschrift
durch Tausende und Tausende von Händen eine Schrift zu ver-
vielfältigen und so die Maschine zu ersetzen. In der Zeit von
Cicero bis Marc Aurel wurde im Verhältnis nicht weniger ge-
lesen und geschrieben, als heutzutage. Das kaiserliche Rom be-
saß sogar seine periodische Presse, sein Journal, ein Institut, des
sowohl dem freistündigen Griechenland als der römischen Republik
unbekannt geblieben ist. Mit der Verfallung der „Acta
senatus“ (Senatsprotokolle) hatte man schon vor Cäsar's Er-
mordung den Anfang gemacht; und dieser selbst gab ein offizielles
Tageblatt: „Acta diurna publica populi Romani“ heraus,
welches auf die eben angedeutete Weise in unzähligen Exemplaren
über das ganze römische Reich, respektive die ganze gebildete Welt
verbreitet wurde. Die politische Bedeutung eines derartigen
Blattes wurde denn auch von Seiten der Regierung schnell be-
griffen, und keiner der nachfolgenden Kaiser hat den Versuch ge-
macht, dasselbe zu unterdrücken. Wenn die „Acta diurna“ auf-
hörten, ist nicht bekannt; wohl aber, daß während des mit der
Völkerwanderung beginnenden Bildungsprozesses der heutigen
Kulturvölker keine ähnliche Erfassung ankam.

Der Ursprung der gedruckten politischen Zeitungen geht in
Europa bis auf die Anfänge der Geschichte der Buchdruckerkunst
zurück. Zuerst wurden auf einzelnen fliegenden Blättern wichtige
Ereignisse in einer für weitere Kreise verständlichen Form erzählt
und dann abgedruckt. In Frankreich finden wir solche „Dis-
cours“, „Nouvelles“, „Recueil“, „Recit“ und dergleichen bereits
in den neunziger Jahren des fünfzehnten Jahrhunderts. Solche
einzelne fliegende Blätter gehören jedoch zu den größten Selten-
heiten und werden von den Bibliomanen besonders gesucht. Seit
dem Ende des fünfzehnten Jahrhunderts finden sich auch in
Italien ähnliche Flugblätter, aus zwei oder vier Blättern mit
gespaltenen Spalten gedruckt und mit einem oder mehreren

Holzschritten ausgestattet. Ganz besonders aber war schon damals
das deutsche Reich mit solchen literarischen Erzeugnissen gesegnet.
Das älteste bekannte Exemplar datirt aus dem Jahre 1494. Sie
führten schon sehr früh den Titel „Zeitung“ oder „Neue Zeit-
ung“, und meldeten nicht nur politische Ereignisse, sondern auch
allerlei andere merkwürdige Dinge, als da sind: Erdbeben, Ueber-
schwemmungen, Mißgeburten, Horngeschichten, Leichenbegängnisse
und Exequien fürlicher Personen, Fälschungen weltlicher und
geistlicher Art u. s. w. So zirkulirten nach der Entdeckung von
Amerika bald eine Menge von Relationen über dieses Wunder-
land. In der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts erschie-
nen zahlreiche Pamphlete politisch-religiösen Inhalts. Eine Satyre
Dr. Martin Luther's gegen die Reliquienverehrung führte den
Titel: „Neue Zeitung vom Rhein Anno 1542“.

In derselben Periode entstanden auch die historischen Jahr-
bücher. Das erste war der im Jahre 1611 gegründete „Mercure
francais“. In Deutschland kamen zu Ende des sechzehnten Jahr-
hunderts die sogenannten Postreuter, eine Art Almanach, auf,
in welchen in Knittelversen die wichtigsten Ereignisse des Jahres be-
sungen wurden. So interessant auch diese Versuche sind, so kö-
nnen wir sie doch nicht als Journal in unserem heutigen Sinne
gelten lassen. Der erste sicher nachweisbare Stamm des Zeitungswesens
ist die vom Buchhändler Emil Egenolph zu Frankfurt am
Main im Jahre 1615 gegründete „Oberpostamtzeitung“, seit dem
1. April 1854 „Frankfurter Postzeitung“ genannt. Nachdem
die im britischen Museum im Jahre 1794 unter einem Pausen
alter Zeitungen entdeckten drei Nummern (50, 51 und 54) eines
Blattes, „The english Mercure“ betitelt — sie handeln von der
Abfahrt der „Armada“ und einer Trefen Drake's und scheinen
von der englischen Regierung selbst inspirirt worden zu sein —
als eine absichtliche Fälschung nachgewiesen worden ist, und auch
die Echtheit der „schweizerischen“ Zeitung, angeblich aus dem Jahre
1606 stammend, stark angezweifelt wird, so wäre in der That
das damals so unpolitische Deutschland die Wiege der politischen
Journalistik.

In Frankreich kam zuerst der bekannte Arzt Renanot, dem
sein Freund, der berühmte Genealoge d'Hojier, seine umfangreiche
Korrespondenz mit dem Ja- und Auelause zur Verfügung stellte,
um sie seinen Kranken als Zeitstreit vorzugewisse vorzulesen,
auf den Gedanken, durch periodischen Abdruck dieser Auszüge eine
Spekulation auf den Geldbeutel der kranken und gesunden Neugierigen
zu machen. Er theilte sein Projekt dem Cardinal Richelieu mit,
den es für sein Regierungssystem haben mußte, wenn dem Publ-
ikum nur die unter seiner Aufsicht abgesetzten politischen Mittheil-
ungen in die Hände gespielt würden. Renanot erhielt nicht nur
das Privilegium zur Herausgabe einer Zeitung, sondern der
Cardinal sowohl als Ludwig XIII. versorgten ihn mit eigen-
händigen Artikeln. Diese „Gazette“ erhielt sich auch in der Gunst
der folgenden Herrscher, und nahm 1762 den Titel „Gazette de
France“ an. Renanot gab auch gleichzeitig das erste bekannte
„Anzeige- und Intelligenzblatt“ heraus. Seit 1789, wo alle
Privilegien und Monopole aufhörten, entwickelte sich die Jour-
nalistik in Frankreich sehr rasch. Die Aera der Bücher war zu
Ende, die Aera der Journale eröffnete sich. In dieses Jahr
fällt die Gründung des „Journal des Debats“ und der „Moni-
teur“. Mirabeau ließ „Les Etats Generaux“, Camille Des-
moulines „Le vint Cordelier“ und Marat seinen „Ami du Peuple“
erschienen. Innerhalb Jahresfrist entstanden über hundert neue
Journale.

England hatte schon sehr früh Flugblätter im Sinne der
deutschen neuen Zeitungen. Das britische Museum besitzt bereits
welche aus dem Jahre 1580. Seit dem Jahre 1622 law ein
Wochenblatt unter dem Titel: „The certain news of the present
war“, doch findet sich in allen diesen Blättern, w'rscheinlich
aus Furcht vor der Sternkammer, kein Wort von England. Seit
Aufhebung derselben beginnt mit dem langen Parlament für Eng-
land die Aera der Pressefreiheit. Neben den offiziellen Zeitungen
(z. B. „Diurnal occurrence in Parliament“) entstanden und ver-
schwandten bis zum Jahre 1660 gegen 200 Zeitungen jeder
Form. Als Karl II. wieder den Thron bestieg, machte er ein
seit ungefähr 10 Jahren existirendes Blatt „The Politic Mer-
cury“ zum Regierungsblatt, und schuf 1665 in Nachahmung der
„Gazette de France“ eine „Oxford Gazette“, die nach Jahres-
frist regelmäßig unter dem Titel „The London Gazette“ heraus-
kam. Mit der Revolution von 1688 begann eine neue Aera
für die englische politische Journalistik, und von hier datirt jener
Freimuth, der bis auf diese Stunde die englischen Journale aus-
zeichnet, und seit der Aufhebung der auf den Zeitungen lastenden
Steuern der Aufschwung der einzelnen Journale und der beispiel-
los billige Preis derselben. In England konnte sich deshalb eine
Gottung der Tagesliteratur nicht einbürgern: das kleine Klatsch-
journal, jenes Geschreibsel, wie man es in Frankreich und auch
anderwärts für einen Sou verkauft; denn wer sollte es kaufen,
wenn er den „Daily Telegraph“, „Standard“ und „Daily News“
um einen Penny kaufen kann?

Leider erlaubt uns der beschränkte Raum nicht, näher auf
die gerade bei den englischen Blättern so interessante Entwid-
lungsgeschichte der einzelnen großen Zeitungen einzugehen. Doch
dürfen wir die „Times“, welche täglich in 50—60,000 Exem-
plaren gedruckt und von 5—600,000 Engländern gelesen wird,
nicht ganz stillschweigend übergehen. Die erste Nummer dieses
Weltblattes erschien am 1. Januar 1788, nachdem es 1785 un-
ter dem Titel „London daily universal Register“ von dem Buch-
drucker John Walter, dem Großvater eines der jetzigen Eigen-
thümer, gegründet worden war. In den ersten 8 Jahren brachte
die „Times“ es nicht zu einer Auflage von 1000 Exemplaren;
jetzt ist sie ein Blatt, dessen Werth nach Millionen geschätzt wird.

Die „Times“ zählt ungefähr 400 Mitarbeiter in ihrer Re-
daktion; 200 derselben sind bei Tage vorzugsweise mit dem An-
noncenwesen, 200 andere bei Nacht mit der Beschaffung des lan-
denden Textes beschäftigt. Das Blatt wird zwischen 6 Uhr
Abends und 6 Uhr Morgens zusammengestellt und gedruckt; ge-
wöhnlich wird der Text gegen 4 Uhr Morgens fertig. Zusam-
menhängende Papierrollen in der Länge von etwa drei engl. Meilen
werden vor die Maschine gebracht. Diese rollt sie selbst ab
und liefert einige Sekunden später das fertige Blatt gedruckt,
gefaltet und für die Circulation fertig ab. Mit den umfangrei-
chen Supplementen zählt die „Times“ bisweilen 16 Seiten.
Dann werden 40 dieser Papierrollen verbraucht, die eine Fläche
von ungefähr 30 Morgen bedecken würden. Die statistischen
Parlamentsberichte werden des Nachts von Bierkellnern zu Bier-
tischen durch eigene Boten zu Wagen in die Redaktion gelie-
fert; und die einzelnen Boten bei Abstimmungen dem Bureau des

